Interpellation Nr. 18 (Februar 2003)
betreffend "Bologna" an der Universität Basel

Universitätsrat und Rektorat der Universität Basel haben eigenmächtig beschlossen bei der Einführung des Bologna-Studienmodells - nach der Hochschule St.Gallen - eine Vorreiterrolle zu spielen. Im Eilzugstempo wird die "Reform" durchgesetzt. Bis Herbst 2003 soll das Bologna-Modell auf sämtliche Studiengänge ausgedehnt werden. Um jeden Preis! "Bologna" gilt als grösste und tiefgreifendste Universitätsreform seit 100 Jahren. Von Anfang an wird die geplante universitäre Umstrukturierung kritisiert. Befürchtet wird, dass die Qualität der Bildung tiefgreifend in Frage gestellt wird: Bologna verwandelt die Universität in eine Lehranstalt, Bildung wird zur blossen Ausbildung. Statt Ort der kritischen Reflexion wird die Universität zur Produktionsstätte "marktkonformer" Studienabgängerinnen und -abgängern. Freiheit von Lehre und Forschung, sowie Bildungsfreiheit und Chancengleichheit wird durch diese Umstrukturierung in Frage gestellt. Kommt dazu, dass Erfahrungen in Dänemark und Finnland zeigen, dass Bologna nicht einmal das hält, was es verspricht (Verlängerung statt Verkürzung der Studiengänge, höhere statt tiefere Studienkosten etc.). Die Einführungskosten sind enorm - in Basel werden mindestens 5 - 6 Millionen Franken eingesetzt. Die Basler Strukturreform wird zudem ohne gesamtschweizerische Koordination durchgesetzt.
Es ist höchste Zeit, die Basler Parforce-Übung zu stoppen. Das Interview in der BaZ vom 5. Februar 2003 mit Herrn Prof. R. Schnell zeigt, dass Bologna nicht länger eine reine universitätsinterne Angelegenheit sein kann. Bereits im Sommer 2002 haben sich Studierende und Assistierende vor den Folgen von Bologna gewarnt. Wenn berechtigte Kritik an der Bologna Umstrukturierung durch die verantwortlichen Leitungsgremien der Universität nicht emst genommen wird, wenn Kritikerinnen und Kritiker mit Einschüchterungen, Drohung und Diffamierung mundtot gemacht werden, wenn also elementare demokratische Grundregeln verletzt werden, dann dürfen die politischen Aufsichtsinstanzen nicht länger tatenlos zuschauen. Der Machtballung bei Rektorat und Universitätsrat ist entgegen zu wirken.

1. Hat der Regierungsrat zur Einführung des Bologna-Modells an der Universität Basel Stellung genommen? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht? Welche Position vertritt der Vertreter von Basel-Stadt im Universitätsrat?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat zu den massiven Vorwürfen betreffend eigenmächtiges Gebahren des Rektorats, das im BaZ-Interview vom 5. Februar 2003 geschildert wird (willkürliche Budgetkürzungen ohne Rücksprache mit den Betroffenen, Streichung von Studiengängen, Ablehnung von Wahlvorschlägen etc.)? Welche Möglichkeiten haben die politischen Aufsichtsbehörden, wirksam zu intervenieren?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Bedenken der Studierenden und der Assistierenden ernst zu nehmen und darauf hinzuwirken, dass die Umsetzung von Bologna an der Universität Basel zumindest sisitert wird, damit eine breite öffentliche Diskussion innerhalb und ausserhalb der Universität über wünschbare Studienreformen stattfinden kann?
4. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass die gesetzlichen Grundlagen der Basler Universität revisionsbedürftig sind? Wie kann Machtmissbrauch künftig verhindert werden? Wie kann die demokratische Kontrolle - sowohl durch interne Instanzen als auch durch die politischen Instanzen wiederhergestellt werden? Ist eine entsprechende Änderung des Universitätsgesetzes in Vorbereitung?

Margrith von Felten